



Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Fachgruppe Sonderpädagogik im Bezirksverband Weser Ems

Sonderpädagogikinfo Nr.5

Inklusion

Am 06.04.2011 tagten Kolleginnen und Kollegen in Oldenburg zum Thema Inklusion.

Es zeigte sich, dass der Erfahrungsaustausch der verschiedenen Schulformen dringend erforderlich ist.

Es gibt nach wie vor viele ungeklärte Fragen zur Umsetzung der Inklusion. Viele Kolleginnen und Kollegen sind verunsichert und frustriert, da es nur unzureichende Informationen gibt.

Im Anschluss an die gemeinsame Diskussion wurden in Kleingruppen auf der Grundlage des Ist-Zustandes Forderungen entwickelt.

Die derzeitige Situation in den Schulen und die Erfahrungswerte aus den Regionalen Integrationskonzepten lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

Der Einsatz von FöS - Lehrkräften passt häufig nicht in den Zeitplan der Grundschule.

Die fehlende Doppelbesetzung wirkt sich bereits auf die Belastung der Lehrkräfte und der Schülerinnen und Schüler aus.

Die Förderschullehrkräfte haben zu wenig Zeit für die verschiedenen Aufgaben.

Die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte ist bereits sehr hoch. Lehrkräfte fühlen sich überfordert.

Eine effektive Teamarbeit ist bei der geringen Stundenzuweisung für die Grundversorgung nicht möglich.

Die zu unterrichtende Stundenzahl ist zu hoch, weil mit der inklusiven Beschulung etliche zusätzliche Aufgaben verbunden sind.

Die Absprachen (Vereinbarungen) zwischen und KlassenlehrerInnen am Förderzentrum und den Kolleginnen und Kollegen im RIK sind schlecht.

Schulen stehen unter dem Druck, eine positive Außenwirkung zu erzielen, um ihre Schülerinnen und Schülerzahlen zu halten.

Benotungs- und Bewertungsdruck stehen der inklusiven Beschulung entgegen.

Die Anzahl der Schülerinnen und Schüler in den Klassen ist zu hoch. Es ist schwierig unter den derzeitigen Rahmenbedingungen in den Grundschulen ganzheitliches und individuelles Lernen zu ermöglichen.

Die Kinder können nicht entsprechend gefördert werden, weil die Rahmenbedingungen den Bedürfnissen der Kinder nicht entsprechen. Schon jetzt bleiben Kinder auf der Strecke.

Die Betreuung der Kinder wird mit viel Aufwand und wenig Effekt betrieben.

Schon jetzt werden Kinder mit Problemen in einer Klasse zusammengefasst, damit die Stunden der Grundversorgung gebündelt werden können. Man schafft ein Gegenmodell zur Inklusion.

Funktionierende Systeme werden zerschlagen, d.h. werden abgeschafft, ohne ein sinnvolles funktionierendes Konzept zu haben.

Es wird befürchtet, dass die Kinder nicht entsprechend gefördert werden können, weil die Rahmenbedingungen den Bedürfnissen der Kinder nicht entsprechen und es dann keine Möglichkeit mehr geben wird, den Förderort zu wechseln.

Die Stundenzuweisung von 2 Stunden pro Klasse pro Woche ist viel zu gering.

Die mit der sonderpädagogischen Grundversorgung verbundenen Tätigkeiten (Diagnostik, Förderung, Prävention,...) sind mit der derzeitigen Stundenzahl nicht zu leisten.

Eltern sind nicht informiert, bzw. haben falsche Vorstellungen von dem Konzept der sonderpädagogischen Grundversorgung.

Aus den oben ausgeführten Erfahrungen wurden folgende Forderungen entwickelt:

- Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung
- Doppelbesetzung während des Unterrichtstages
- Höhere Stundenzuweisung zu den Grundschulen
- Zuweisung von Förderschullehrkräften nur zu einer Grundschulschule
- Abschaffung aller Vergleichsarbeiten
- Reduzierung der Teilerzahl für Grundschulklassen
- Flexible Klassenbildung
- Bessere Informationspolitik von Seiten des Kultusministeriums
- Fortbildung für alle Lehrkräfte
- Schaffung von festen Besprechungszeiten, die in den Unterrichtsalltag integriert sind
- Erarbeiten eines Konzeptes zur Umsetzung der Inklusion durch Beteiligung betroffener Lehrkräfte
- Umsetzung der Erfahrungen aus den Integrationsklassen

Alle Beteiligten fanden den Gedanken der Inklusion richtig und notwendig. Weitgehende Einigkeit herrschte allerdings über die schlechten Bedingungen in den Schulen, die voraussichtlich nicht besser, sondern schlechter werden.

In einigen Kreisen haben sich bereits Schulen zusammengeschlossen, um ihre Vorstellung zur Umsetzung eines inklusiven Schulsystems zu formulieren und dies als Protestschreiben an das Kultusministerium geschickt.

Es hat sich herausgestellt, dass es besonders wichtig ist, die Eltern ebenfalls zu informieren, da diese über noch weniger Informationen als die Lehrkräfte verfügen.

Schulgesetznovelle

Es könnte sein, dass ein Entwurf der Schulgesetznovelle bereits im September vorgelegt wird. Die Landesfachgruppe wird Gelegenheit haben, eine Stellungnahme zu dem Entwurf abzugeben. Deshalb wäre es sinnvoll, wenn ihr eure Bedenken und Forderungen auch an die Landesfachgruppe schicken würdet.